



Bundessteuerberaterkammer, KdöR, Postfach 02 88 55, 10131 Berlin

Deutscher Bundestag
Herr Prof. Dr. Lars Castellucci
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Inneres und Heimat
Platz der Republik 1
11001 Berlin

E-Mail: innenausschuss@bundestag.de



Bundessteuerberaterkammer
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

**Abt. Digitalisierung und
IT-Projekte**

Unser Zeichen: Li/We
Tel.: +49 30 240087-81
Fax: +49 30 240087-99
E-Mail: digitalisierung@bstbk.de

6. Oktober 2023

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG) (BT- Drs. 20/8093)

Sehr geehrter Herr Professor Castellucci,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der o. g. Gesetzesentwurf wird derzeit im Deutschen Bundestag beraten. Die Bundessteuerberaterkammer nimmt dies zum Anlass, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Die Bundessteuerberaterkammer unterstützt grundsätzlich das Ziel des Gesetzes eine einfache, moderne und digitale Verfahrensabwicklung zu schaffen. Auch wenn im Bereich des Steuerwesens bereits erhebliche Digitalisierungserfolge, wie beispielsweise die Schaffung der Steuerberaterplattform sowie des ELSTER-Systems, zu verzeichnen sind, ist von einer vollumfänglichen Digitalisierung steuerlicher Prozesse noch nicht zu sprechen. Um auf diesem Weg weiter voranschreiten zu können, ist die Digitalisierung der Verwaltung von wesentlicher Bedeutung.

Mit der Inbetriebnahme der Steuerberaterplattform und des besonderen elektronischen Steuerberaterpostfachs (beSt) am 1. Januar 2023 setzt die Bundessteuerberaterkammer einen weiteren Meilenstein auf dem Weg hin zu einem volldigitalisierten Steuerwesen. Denn die Steuerberaterplattform stellt dem Berufsstand der Steuerberater nicht nur eine digitale Infrastruktur zur Verfügung, sondern schafft auch die Voraussetzung für OZG-konforme Portalangebote durch die Bundes- und Regionalkammern.

Durch eine einheitliche Berufsträgeridentität eines Nutzerkontos auf der Steuerberaterplattform wird dem Berufsträger der Zugang sowohl zu OZG-Diensten seiner Regionalkammer (über das OZG-Antragsportal der regionalen Steuerberaterkammern), als auch zu OZG-Diensten von Bund, Ländern und Behörden, sowie perspektivisch auch zu Diensten der Wirtschaft im Auftrag seines Mandanten ermöglicht. Dabei kann er bei allen Diensten dasselbe Authentisierungsmedium, den Personalausweis mit Online Ausweisfunktion, verwenden (Single-SignOn).

Um das Vorhaben, die Verwaltungsdigitalisierung flächendeckend umzusetzen, ohne die Bedürfnisse des Berufsstandes der Steuerberater dabei außer Acht zu lassen, müssen aus Sicht der Bundessteuerberaterkammer die nachfolgenden Punkte im OZG-ÄndG Beachtung finden, insbesondere müssen **Intermediäre** sowie **die Steuerberaterplattform** im OZG-ÄndG beachtet werden:

1. Dringend notwendig für den Berufsstand der Steuerberater ist deshalb die **Schaffung einer Identitätsföderation zwischen Steuerberaterplattform und Organisationskonto**, um Identitätsinformationen auszutauschen. Anderenfalls gelingt es dem Berufsstand nicht über das Organisationskonto beispielsweise den Nachweis der Vollmacht oder der Berufsträgereigenschaft zu erbringen. Bedauerlicherweise sind im OZG-ÄndG Intermediäre, die außerhalb der Organisation stehen, nicht mitgedacht worden. Es bedarf daher dringend eines **Konzeptes zur Regelung der Rechte und Rollen der Intermediäre**.
2. Von wesentlicher Bedeutung ist eine **einheitliche Regelung hinsichtlich der Ersetzung des Schriftformerfordernisses beim Nachrichtenversand aus den verschiedenen elektronischen Postfächern**. Wir begrüßen daher die geplanten Änderungen im 5. Verwaltungsverfahrenänderungsgesetz (5. VwVfÄndG).
3. Statt die OZG-Frist ersatzlos zugunsten einer noch zu regelnden Schwerpunktsetzung zu streichen, sollte ein **Anreizsystem geschaffen werden**, um die Motivation und damit die Leistung zu steigern.
4. Ferner gilt es, die weitere Digitalisierung des Steuerwesens für Steuerpflichtige als Chance zu verstehen und dafür übergreifende und **nutzerfreundliche Digitalisierungsstandards zu schaffen**. Bei der Entwicklung dieser Standards muss dringend darauf geachtet werden, sich von alten Strukturen zu verabschieden und die Prozesse stattdessen – unter dem Aspekt der Effizienz und Nutzerfreundlichkeit – neu zudenken.

Wir bitten Sie daher, sich im Ausschuss für Inneres und Heimat des Bundestages dafür einzusetzen, dass die vorgenannten Punkte im OZG-ÄndG mitgedacht und verankert werden.

Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte der beigefügten Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Kalina-Kerschbaum
Geschäftsführerin

i. A. Sandra Lingnau
Abteilungsleiterin Digitalisierung

Anlage



Bundessteuerberaterkammer
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Anlage

**Stellungnahme
der Bundessteuerberaterkammer
zu dem Entwurf der Bundesregierung eines
Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes
sowie weiterer Vorschriften
(OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)
BT-Drs. 20/8093**

**Abt. Digitalisierung und
IT-Projekte**

Telefon: 030 24 00 87-81
Telefax: 030 24 00 87-99
E-Mail: steuerrecht@bstbk.de

6. Oktober 2023

I. Identitätsföderation zwischen der Steuerberaterplattform und dem Organisationskonto

In einer zunehmend digitalisierten Welt liegt es im Interesse des Steuerberaters, dass seine besondere Stellung als Organ der Steuerrechtspflege auch bei der Nutzung von Online-Diensten oder beim Versenden von Nachrichten rechtssicher und für alle Partner erkennbar und nachvollziehbar nachgewiesen werden kann. Dies wird durch die Verknüpfung der persönlichen, digitalen Identität (eID) mit dem Berufsträgerattribut aus dem Berufsregister erreicht. Diese Identität ist gleichzeitig Basis für das beSt als auch für die Nutzung von OZG-Diensten und damit der Interaktion im digitalen Umfeld.

Das Organisationskonto bestätigt zwar die Zugehörigkeit zu einem Unternehmen, jedoch gerade nicht das Attribut der Berufsträgereigenschaft oder das Bestehen eines Mandats- oder Vertretungsverhältnisses, da bei der Verwendung eines solchen Kontos durch den Berufsträger seine herausgehobene Vertrauensstellung nicht dokumentiert bzw. nachgewiesen werden kann. Aus diesem Grund ist bei einem Berufsträger die reine Identifizierung der Person nicht ausreichend; es bedarf auch einer sicheren Bestätigung der Eigenschaft als Steuerberater.

Das OZG-ÄndG sieht in dem neuen § 9a Abs. 2 OZG-ÄndG leider keine direkte Identifizierung über die Steuerberaterplattform nach § 4 StBPPV vor. Diese soll lediglich im Bürger- und Organisationskonto möglich sein.

Aus diesem Grund bedarf es aus Sicht der Bundessteuerberaterkammer zwingend der Schaffung einer Identitätsföderation zwischen der Steuerberaterplattform und dem Organisationskonto.

Dazu muss dringend geklärt werden, wie sich die Steuerberaterplattform in diesem System positioniert. Der Steuerberater ist, ähnlich wie beispielsweise Rechtsanwälte, Architekten, Insolvenzverwalter u. a., in Mandatsangelegenheiten tätig. Daher ist es unbedingt notwendig im OZG-ÄndG Intermediäre, die außerhalb einer Organisation stehen, zu berücksichtigen. Da der Entwurf jedoch die Konstellation der Intermediäre außer Acht lässt, werden konsequenterweise auch die Folgeprobleme, wie der Vollmachtnachweis, Berufsträgernachweis, Vertretungsnachweis etc., nicht berücksichtigt.

Dennoch müssen Steuerberater für ihre Mandanten tätig werden können. Wird als Intermediär, im fremden Namen für den Mandanten gehandelt, müsste mittels einer Schnittstelle eine Verzahnung zu dem Register hergestellt werden, welches die entsprechende Legitimation ableitet. Bei den Steuerberatern wäre das eine Schnittstelle zu der Steuerberaterplattform und damit zum Berufsregister der Steuerberater. Auf diese Weise gelingt es beispielsweise Vollmachten über die Steuerberaterplattform nachzuweisen.

Die Steuerberater stellen hier lediglich einen Teil eines weitreichenden Anwendungsfeldes dar, insbesondere sind hiervon auch gesetzliche Vertretungsfälle im Privatrecht betroffen (Betreuung etc.).

Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, bei den Teilnehmern im digitalen Ökosystem die Bereitschaft zu erzeugen, die Steuerberaterplattform auch nutzen zu wollen. Dazu ist eine Regelung im OZG-ÄndG, welche diese Identitätsföderation vorsieht, unverzichtbar.

Nur mit der Aufgeschlossenheit der Teilnehmer, Plattformen wie diese nutzen zu wollen, können solche Systeme im Sinne notwendiger Erleichterung für Verwaltung und Steuerpflichtigen über den Status eines E-Mail-Systems mit Signaturmöglichkeit hinauswachsen. Genau diese Synergien sollte das OZG-ÄndG unterstützen, anstatt sie zu unterbinden.

Die Bundessteuerberaterkammer erachtet daher sowohl eine Identitätsföderation zwischen der Steuerberaterplattform und dem Organisationskonto als auch die Schaffung eines Rechtskonzeptes für Intermediäre, die außerhalb von Organisationen stehen, für dringend erforderlich.

II. Einheitliche Übermittlung der verschiedenen elektronischen Postfächer

Positiv hervorzuheben ist, dass der Entwurf die Rolle der Postfachfunktion der Nutzerkonten stärkt und insbesondere eine bidirektionale Kommunikation vorsieht.

Bedauerlicherweise geht der Entwurf aber nicht auf das Verhältnis der Postfächer in Bund-ID und Organisationskonto einerseits und der für den elektronischen Rechtsverkehr bestimmten Postfächer andererseits ein, die einen sicheren Übermittlungsweg darstellen.

So soll die Übermittlung aus einem Organisationspostfach an eine Behörde schriftformersetzend wirken; während der Versand aus einem beA oder beSt an ein beBPo nicht schriftformersetzend ist (§ 3a VwVfG). Gegenüber den Gerichten wirkt der Versand aus diesen Postfächern schriftformersetzend (§ 130a der Zivilprozessordnung (ZPO), § 46c des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG), § 65a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG), § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und § 52a der Finanzgerichtsordnung (FGO)).

Hier sollte dringend eine Regelung für eine einheitliche Übermittlung der verschiedenen Postfächer angestrebt werden, da einheitliche Regelungen zum elektronischen Schriftformersatz unabhängig davon, in welcher Verfahrensordnung man sich bewegt, die Umstellung der Verfahrensbeteiligten hin zu einer digitalen Arbeitsweise erleichtern und dadurch die Akzeptanz der Digitalisierung fördern.

Die Bundessteuerberaterkammer befürwortet daher, dass die schriftformwahrende Übermittlung von elektronischen Dokumenten über einen sicheren Übermittlungsweg gemäß dem aktuellen Gesetzesentwurf zum 5. VwVfÄndG möglich sein soll.

III. Schaffung eines Anreizsystems

Für eine effiziente Zielumsetzung bedarf es einer klar strukturierten und verbindlichen Herangehensweise mit fühlbaren Konsequenzen sowie einem Anreizsystem, um sowohl Motivation als auch Leistungen zu optimieren. Ein erster Schritt in diese Richtung stellt die Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen dar.

IV. Schaffung übergreifender Digitalisierungsstandards unter dem Aspekt der Nutzerfreundlichkeit

Die Schaffung neuer, übergreifender digitaler Standards muss stets unter dem Aspekt der Effizienz und Nutzerfreundlichkeit erfolgen. In diesem Kontext ist zu begrüßen, dass in der Weiterentwicklung des OZG an die arbeitsteilige Zusammenarbeit von Bund und Ländern – mit Blick auf eine einfache, moderne und digitale Verfahrensabwicklung – angeknüpft werden soll. Zudem wird die Evaluierungsklausel sowie das Dashboard digitale Verwaltung als äußerst zielführend erachtet. Letzteres zeigt monatlich den Fortschritt der OZG-Umsetzung an und soll laut Gesetzesbegründung zu einer begleitenden Evaluierung ausgebaut und verstetigt werden. Wichtig dabei ist die schriftliche Aufzeichnung und das systematische Sammeln, Bewerten und Verdichten von Erfahrungen, Entwicklungen, Hinweisen, Fehlern und Risiken, insbesondere hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit. Um die Stellung der Nutzerfreundlichkeit nochmals hervorzuheben, erachtet es die Bundessteuerberaterkammer als sinnvoll, § 12 OZG-ÄndG mit § 7 OZG-ÄndG zu verknüpfen.